

Die Auflösung des liberalen Konsenses: Suchbewegungen in der Krise der liberalen Demokratie

Editorial der Gastherausgeber

*Karsten Schubert / Kolja Möller**

1. Die politische Theorie seit den 1990er Jahren: Zunehmende Realitätsferne

In den 1990er Jahren ging die liberale Demokratie als Siegerin aus der Blockkonfrontation zwischen Sowjetunion und dem Westen hervor. In der Folge wurde sie zum unangefochtenen Bezugspunkt in Politik, Gesellschaft und wissenschaftlicher Forschung. Dies hat auch zu einer Proliferation der Diskussion innerhalb der politischen Theorie darüber geführt, wie die liberale Demokratie genau verstanden werden sollte. Neue Deutungskonflikte entspannten sich dementsprechend maßgeblich daran, dieses Verständnis zu präzisieren und zu verfeinern. Dies kann in unterschiedlichsten Theorieprojekten nachvollzogen werden: So rekonstruierten Jürgen Habermas und John Rawls die liberale Demokratie auf eine Weise, die sie für soziale Gerechtigkeit offen hält (vgl. Habermas 1992; Rawls 1993). Die radikale Demokratietheorie wiederum läutete einen Paradigmenwechsel auf der politischen Linken ein: Sie nahm einerseits vom Projekt einer nicht-demokratischen Gesellschaftsalternative Abstand und setzte andererseits auf eine Transformation der Gesellschaft durch die Radikalisierung der Demokratie (vgl. unter anderem Comtesse et al. 2019). Auch der zeitgenössische Neo-Republikanismus hat sich weitgehend auf eine demokratietheoretische Lesart der eigenen Tradition gestützt (vgl. Pettit 2012). Zwar wird hier das Zusammenspiel aus Gesetzgebung und liberalen Rechten anders als im Liberalismus begründet und verstanden, am Ende läuft jedoch auch diese Theorie auf eine liberaldemokratische Institutionenordnung zu.

* Kolja Möller, Technische Universität Dresden
📧 0000-0001-5384-0714, Kontakt: kolja.moeller@tu-dresden.de
Karsten Schubert, Humboldt Universität zu Berlin
📧 0000-0002-6322-3370, Kontakt: karsten.schubert@hu-berlin.de

Die gesellschaftliche Entwicklung ist in der Zwischenzeit allerdings ihren eigenen Weg gegangen. Sie hat sich nicht an die Präskriptionen und Forderungen der politischen Theorie gehalten und es stellt sich die Frage, ob die vorhandenen Theoriemodelle in der Lage sind, die aktuelle Situation angemessen zu erfassen. Zwar haben sich demokratische Erwartungsstile verbreitet, nicht zuletzt durch die Demokratieerziehung in Schulen und Hochschulen. Allerdings kehrt der Ruf nach mehr Demokratie in heutiger Zeit oft nicht zuerst als Vertiefung, sondern als Alternative zur liberalen Demokratie zurück (vgl. Geiselberger 2017). So wird unsere Zeit von einer Erosion des liberalen Konsenses geprägt, dessen Symptome vom Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien über autoritäre Regime bis hin zu neuen geopolitischen Konfrontationen und Kriegen, die das Völkerrecht in Frage stellen, reichen. In den Politik- und Sozialwissenschaften wird unter Gesichtspunkten des *backlash*, des *backsliding* oder des Formwandels der Demokratie schon länger der Versuch unternommen, diese Tendenzen zu analysieren (vgl. Lührmann/Lindberg 2019). Dabei ist insbesondere fraglich, ob und in welcher Hinsicht tatsächlich von einem „Rückfall“ hinter einen historischen Entwicklungsstand politischer Gemeinwesen auszugehen ist oder ob neuartige Spielarten der Legitimation entstehen, die demokratische und autoritäre Elemente kombinieren (Blokker 2018).

2. Verhärtungen in der politischen Theorie?

Vor diesem Hintergrund bestand die Idee, einen Schwerpunkt zur „Krise des liberalen Konsenses“ auszugestalten, in einem doppelten Anliegen: Einerseits soll ein Raum für Forschungsbeiträge aus dem Bereich der politischen Theorie geschaffen werden, die die Erosion des liberalen Konsenses analysieren. Andererseits geht es auch darum, die jeweiligen Reaktionsweisen in der politischen Theorie zu problematisieren. So scheint sich jedenfalls in unterschiedlichen Strömungen eine gewisse Verhärtung einzustellen, die grundlegende Prämissen des Diskussionsstands der 1990er Jahre fortschreibt, statt sie auf innovative Weise zu erneuern.

Dies lässt sich beispielsweise im Hinblick auf die liberale und deliberative Demokratietheorie verdeutlichen. Demokratietheorie wird hier als normative Theorie betrieben – in Teilen dieses Theoriestrangs haben sich stark abstrahierende Überlegungen zu Grundbegriffen der Gerechtigkeit, der Moral, der Freiheit, Gleichheit und Demokratie entwickelt, die definieren wollen, wie die liberale Demokratie richtigerweise zu verstehen und einzurichten sei. In der methodischen Diskussion wird schon lange auf die Begrenztheit dieser Verfahrensweise hingewiesen (vgl. Ypi 2016; Geuss 2010; Philp 2012): Zwar werden klare, nachvollziehbare, mithin ‚vernünftige‘ normative Standards und Prinzipien ausgearbeitet, die jedoch oft der Welt, wie sie ist, gegenübergestellt werden. Insbesondere fällt ein folgenreicher Verzicht auf sozialtheoretische Annahmen auf. So führt das Ringen um eine klare Normativität regelmäßig zu einer selektiven Beschreibung der Welt als den rekonstruierten Idealen schon weitestgehend entsprechend. Kurz: Idealtheorie idealisiert. Dieses Problem wurde seit langem in Bezug auf die unzureichende

Berücksichtigung der langanhaltenden und fundamentalstrukturierenden Diskriminierungs- und Ausbeutungsverhältnisse – Kapitalismus, Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit – innerhalb der liberalen Demokratietheorie diskutiert (vgl. beispielsweise Arnold 2020). Die Begrenztheit der idealtheoretischen Ausrichtung des liberalen Diskussionsstrangs zeigt sich nun auch bezüglich der Analyse der aktuellen Situation. Denn auch hier wird vor allem mit einer normativen Verteidigungshaltung reagiert, die das Ideal des Liberalismus gegen die Realität verteidigt. So nachvollziehbar dies vom normativen Standpunkt aus sein mag, so sehr besteht das Risiko eines *preaching to the converted* und es stellt sich Frage, ob sich Ansatzpunkte für eine aussichtsreiche Politik gegen die Erosion liberaldemokratischer Institutionen auf diese Weise identifizieren lassen. Der iterative Hinweis auf die normativen Vorzüge des liberalen Konsenses trägt wenig zum besseren Verständnis seiner Erosion bei.

Eine gewisse Verhärtung lässt sich jedoch auch in einer anderen Theorietradition diagnostizieren: Die agonale radikale Demokratietheorie tritt als Kritikerin des Liberalismus auf, indem sie von Kontingenz und Konflikt als Grundtatsachen des Politischen ausgeht und politische Institutionen als Resultat von Machtkämpfen – als quasi sedimentierte Macht – einordnet (vgl. Laclau/Mouffe 2006; Rancière 2002; Mouffe 2009). Vor diesem Hintergrund siedelt sie die Demokratie auf der Ebene des Politischen an, womit nicht nur politische Aushandlungen in gegebenen demokratischen Institutionen gemeint sind, sondern der Streit und der Dissens um die Formen und Institutionen der Politik selbst. Dadurch formuliert sie eine grundlegende Institutionenkritik. Statt die Grundzüge eines wünschenswerten Institutionengefüges zu entwerfen, ist die Kritik der real existierenden Institutionen vom Standpunkt der davon Ausgeschlossenen das entscheidende Demokratiemoment (vgl. Hermann/Flatscher 2020).

Doch die radikale Demokratietheorie führt selbst zu einem Idealismusproblem, wenn auch spiegelbildlich. Durch die philosophischen Prämissen ist die Sozialtheorie und Normativität der radikalen Demokratietheorie von einer fundamentalen Institutionenskepsis geprägt, die ihre suggestive Kraft aus der Kritik an der formierten Industriegesellschaft und schließlich seit den 1990er Jahren aus der Kritik an einer neoliberalen Alternativlosigkeit gewann. Nun ist der liberale Konsens aufgebrochen – ein Aufbrechen, das heute nicht mehr die Theorie besorgen muss, da es Realität geworden ist – aber unter anderen politischen Vorzeichen als von der radikalen Demokratietheorie anvisiert, nämlich autoritär und rechtspopulistisch. Auf die Frage, inwiefern welche Institutionen auch aus radikaldemokratischer Perspektive verteidigt werden müssen und in welcher Weise Projekte der Demokratie und der Demokratisierung gegenwärtig aussichtsreich sind, hat eine fortwährende Institutionenkritik wenig zu sagen (vgl. Schubert/von Ramin 2022; Ramin et al. 2023). Damit realisiert die radikale Demokratietheorie zurzeit ihre Potentiale für eine realistische und machtsensible Analyse der zeitgenössischen Situation der liberalen Demokratien nicht.

Dies waren nur zwei Beispiele für gegenwärtige Verhärtungstendenzen in der politischen Theorie. Ein grundlegendes Anliegen des Schwerpunkts bestand darin, genau solche Verhärtungen zu umgehen und Beiträgen einen Raum zu geben, die versuchen, tat-

sächlich auf die neue Situation in liberalen Demokratien in analytischer und normativer Hinsicht zu reagieren.

3. Konflikte um den Rechtsstaat

Auf den *Call for Papers* der Herausgeber folgten zahlreiche Einreichungen. Um den üblichen Gender-Gap in der politischen Theorie zu schließen, bemühten wir uns aktiv um Einreichungen von weiblichen Autorinnen. Aufgrund von steigenden Verpflichtungen in der Reproduktions- und Carearbeit sind leider alle ausgewählten Autorinnen wieder abgesprungen.

Inhaltlich fällt in der endgültigen Auswahl der Beiträge auf, dass sie sich vor allem am Problem der Rechtsstaatlichkeit abarbeiten – sie stellt offenbar einen roten Faden bereit, anhand dessen sich die Krise des liberalen Konsenses analysieren lässt. Dies ist insofern nachvollziehbar, da das, was gemeinhin unter liberaler Demokratie verstanden wird, auf einem starken Begriff der *rule of law* beruht, sowohl verstanden als Rechtsbindung öffentlicher Herrschaftsausübung als auch im Sinne von subjektiven Grund- und Menschenrechten. Die vorliegenden Beiträge vermeiden jedoch großformatige Fortschritts- und Rückschrittsdiagnosen, sondern erfassen die neueren qualitativen Verschiebungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit mit machtanalytischen Mitteln.

So nutzt Maximilian Pichl in seinem Beitrag hegemonietheoretische Ansätze, um den aktuellen Veränderungsprozessen nachzugehen. Dabei historisiert er zunächst unterschiedliche Wellen der Rechtsstaatsentwicklung. Im Hinblick auf die Gegenwart, die von umfassenden Transnationalisierungstendenzen geprägt ist, arbeitet Pichl sodann heraus, wie eine „neoliberale Bypass-Strategie“, eine „national-konservative Re-Territorialisierungsstrategie“ und eine „autoritäre Umdeutungsstrategie“ aufeinanderprallen (S. 21). Insgesamt verdeutlicht der Beitrag, dass der Rechtsstaat nicht auf eine liberale Lesart festgelegt ist, sondern sich an unterschiedlichste politische Projekte anschmiegen kann. Er sei, so Pichl, „keine moderne Konstante“, sondern stets ein „Kompromiss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Fraktionen, der in unterschiedlichen historischen Zyklen umkämpft war“ (S. 19). Folglich braucht es nicht nur eine Gegenüberstellung zwischen liberaler Demokratie und ihren Kritiker_innen, sondern eine Analyse, die beleuchtet, wie unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte in den jeweiligen konkreten Hegemonieprojekten gebündelt und artikuliert werden.

Diesen Beobachtungen gegenüber schlägt Daniel Keils Beitrag kritische Töne an: Er beleuchtet die aktuelle Situation des liberalen Rechtsstaats in der Europäischen Union (EU) und plädiert dafür, aktuelle Krisenprozesse gerade nicht – wie Pichl – auf konkurrierende Hegemonieprojekte zurückzuführen. Vielmehr, so die These des Beitrags, sei die Situation so einzustufen, dass gar keine kohärente Hegemoniebildung mehr stattfinden würde. Keil beobachtet einen posthegemonialen Zustand der EU und verdeutlicht dies am Beispiel der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der institutionellen Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure. Statt einer bloß binären „Polarisierung“ zwischen libera-

ler Demokratie und Autoritarismus müsse eine „komplexe [...] Konstellation autoritärer Entwicklungen auf vielen Ebenen“ (S. 53) untersucht werden.

Der Beitrag von Alexander Stulpe setzt auf einer anderen Ebene an: Er fragt nach den normativen Voraussetzungen des liberalen Konsenses, indem er republikanische und gesellschaftstheoretische Überlegungen verknüpft. Er zielt ausdrücklich darauf, wie liberaldemokratische Errungenschaften erfolgreich verteidigt, gesichert oder erneuert werden können. Dabei hebt Stulpe die Rolle und Funktion einer sogenannten „republikanischen Disposition“ (S. 76) hervor. Seine These lautet, dass erst in Zeiten der Krise die republikanische Gestimmtheit und entsprechende Tugenden in der Bevölkerung an entscheidender Bedeutung gewinnen – sozialtheoretisch gelesen sind sie die entscheidenden Resilienzbedingungen, um sich inneren Krisen und neuen, äußeren Herausforderungen zu stellen. Er plädiert vor diesem Hintergrund dafür, die republikanische Disposition zu stärken, auch und insbesondere im Sinne einer „materiellen“ (S. 46) Stärkung öffentlicher Räume und gemeinwohlorientierter Sozialbereiche.

Nicht zuletzt sind in der Erosion des liberalen Konsenses auch veränderte Proteststrategien von sozialen Bewegungen zu beobachten. In seinen *Vorläufigen Überlegungen zu einer politisch-juristischen Theorie der Demonstration in der liberalen Demokratie* entwickelt Tim Wihl eine Theorie der Demonstration als Revolte und arbeitet sich an den zeitgenössischen Beiträgen der deliberativen, radikalen und plebejischen Demokratietheorie ab. Für Wihl sind öffentliche Demonstrationen Orte einer „materiellen Demokratie“, und zwar in dem Sinne, „dass auch die *inhaltliche* Füllung der demokratischen Verfahren Impulse des ‚Volkes‘ [...] aufnimmt, statt vornehmlich solche von organisierten Interessen“ (S. 100, Hervorhebung im Original). Damit schaffen die Demonstrationen nicht nur thematischen Input, der in der Folge von Institutionen oder Parteien aufgenommen wird, sondern sie erinnern an die konstituierende Macht des Volkes und sitzen den jeweiligen Funktionsträger_innen dadurch im Nacken. Dabei zeigt Wihl auf, wie die offizielle Politik oft in hohem Maße druckempfindlich auf entsprechende Demonstrationseignisse reagiert. Diese Logik einer bei Wihl ausdrücklich „*verfassungspatriotisch*“ (S. 105, Hervorhebung im Original) grundierten Hintergrundmacht kann freilich auch der Anlass für Bewegungen sein, die den „plebejischen“ Moment für sich beanspruchen, seinen normativen Gehalt gleicher Freiheit aber bis zur Unkenntlichkeit verfremden, wenn sie daran appellieren, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen keine potentiellen Träger_innen von Grund- und Menschenrechten sind. Wihl beobachtet nun, dass Demonstrationen immer öfter und in immer kürzer werdenden Zeitabständen in unserer Gegenwart diese demokratierelevanten Funktionen übernehmen, etwa im Hinblick auf die Proteste von *Fridays for Future* oder von *Black Lives Matter*, aber eben auch von der Gegenseite vereinnahmt werden können.

In diesem Sinne schlägt der Schwerpunkt einen Bogen von analytisch-kritischen zu normativen Zugriffen im Bereich der politischen Theorie, die die Krise der liberalen Demokratie von unterschiedlichen Standpunkten aus perspektivieren. Deutlich wird, wie fruchtbar eine detaillierte Beschäftigung mit dem Recht und der Rechtsstaatlichkeit für diese Analyse ist. Dabei können freilich nicht alle Probleme, die sich im Umfeld der

Krise der liberalen Demokratie stellen, behandelt werden. Allerdings zeigen die Beiträge exemplarisch, wie die politische Theorie ihre Methoden nutzbar machen kann, um die aktuellen politischen Entwicklungen zu interpretieren.

Literatur

- Arnold, Jeremy, 2020: *Across the great divide: Between analytic and continental political theory*, Stanford, CA. <https://doi.org/10.1515/9781503612150>
- Blokker, Paul, 2018: *Populist Constitutionalism*. In: Carlos De la Torre (Hg.), *Routledge Handbook of Global Populism*, Oxon / New York, 113–127. <https://doi.org/10.4324/9781315226446-9>
- Comtesse, Dagmar / Flügel-Martinsen, Oliver / Martinsen, Franziska / Nonhoff, Martin, 2019 (Hg.): *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*, Berlin.
- Geiselberger, Heinrich, 2017 (Hg.): *Die große Regression: Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin.
- Geuss, Raymond, 2010: *Realismus, Wunschenken, Utopie*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 419–430. <https://doi.org/10.1524/dzph.2010.58.3.419>
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt (Main).
- Herrmann, Steffen K. / Flatscher, Matthias, 2020 (Hg.): *Institutionen des Politischen*, Baden-Baden. <https://doi.org/10.5771/9783748904618>
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal, 2006: *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Lührmann, Anna / Lindberg, Staffan I., 2019: *A third wave of autocratization is here: what is new about it?* In: *Democratization* 26, 1095–1113. <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1582029>
- Mouffe, Chantal, 2009: *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt (Main).
- Philp, Marc, 2012: *Realism without Illusions*. In: *Political Theory* 40, 629–649. <https://doi.org/10.1177/0090591712451723>
- Pettit, Philip, 2012: *On the People's Terms: A Republican Theory and Model of Democracy*, New York. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139017428>
- Ramin, Lucas von / Schubert, Karsten / Gengnagel, Vincent / Spoo, Georg, 2023 (Hg.): *Transformationen des Politischen. Radikaldemokratische Theorien für die 2020er Jahre*, Bielefeld.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 1993: *Political Liberalism*, New York.
- Schubert, Karsten / von Ramin, Lucas, 2022: *CfP Workshop ‚Normativität radikaler Demokratietheorie‘ vom 5. September 2022*; <https://www.karstenschubert.net/news/22-09-cfp-normativitaet-radikaler-demokratietheorie/>, 22.06.2023.
- Ypi, Lea, 2016: *From Realism to Activism: A Critique of Resignation in Political Theory*. In: Gerhard Rosich / Peter Wagner (Hg.), *The Trouble with Democracy. Political Modernity in the 21st Century*, Cambridge, UK, 233–248. <https://doi.org/10.1515/9781474407991-011>